

Finanzhilfen für Griechenland



Die grüne Position

Die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen befürwortet Finanzhilfen für Griechenland. Sie hat dem entsprechenden Gesetz zugestimmt. Mit unserem Abstimmungsverhalten richten wir uns gegen den „Angriffkrieg gegen die Eurozone“ (so der Chef der Bundesfinanzagentur BaFin) und die Spekulation gegen die europäische Integration. Es geht uns die Wohlfahrt und Entwicklung in ganz Europa und damit um herausragende deutsche Interessen. Wir entscheiden in der Sache für Europa und kritisieren gleichzeitig die katastrophale Politik der Bundesregierung.

- Der Euro ist eine große politische wirtschaftliche Errungenschaft. Er hat das vereinte Deutschland fest in Europa integriert, Deutschland hat jahrelang von der gemeinsamen Währung besonders profitiert. Der Großteil der deutschen Exporte geht in die Eurozone. Auch nach Griechenland wurden jahrelang deutsche Güter geliefert, deutsche Banken und Unternehmen haben damit kräftig verdient.
- Ohne Hilfe würde Griechenland in den Staatsbankrott laufen und die Spekulation gegen Portugal, Spanien, Irland und andere den Euro zugrunde richten. Das würde in Europa wirtschaftliches und soziales Chaos anrichten und deutsche Wirtschaftsinteressen massiv verletzen.
- Gerade die die einfachen Leute wären in Griechenland von den Folgen eines Staatsbankrotts extrem betroffen.

» Die Finanzhilfen sind also ein Gebot europäischer Solidarität und ökonomischer Vernunft.«

In Griechenland müssen nun gezielt Maßnahmen gegen Korruption, Steuerhinterziehung, Klientelwirtschaft und öffentliche Verschwendung getroffen werden. Griechenland hat sich gegenüber dem IWF und den Euro-Staaten zu einem Sparprogramm verpflichtet, das in seiner Größenordnung einzigartig ist. Der Erfolg der griechischen Reformen hängt auch davon ab, dass sie nicht in sozialer Schieflage umgesetzt werden. Gerade die Vermögenden haben in Griechenland in den letzten Jahren kaum Steuern gezahlt. Entscheidend ist, dass es dem griechischen Staat gelingt, dies wirklich zu ändern ohne dass Griechenland jetzt in eine starke und lang anhaltende Rezession abgleitet.

Die Grünen haben dem Hilfspaket zugestimmt, weil ein Nichthandeln schlimme Folgen für die Griechen und den Rest Europas gehabt hätte. Dennoch haben wir in vielen Punkten scharfe Kritik sowohl am Hilfsprogramm des IWF als auch an der Bundesregierung.

- Merkels Krisenmanagement ist miserabel. Sie hat viel zu lange gezögert. Diesmal kostet uns das Milliarden, denn die Nothilfe für Griechenland ist während ihres Zauderns durch Spekulation in die Höhe getrieben worden. Aber wegen der NRW Wahl und weil die Finanzhilfen natürlich unpopulär sind, hat Angela Merkel die „Madame Non“ gespielt und gehofft, sich über den Wahlsonntag zu retten. Ihr Pokerspiel kommt deutsche Steuerzahler jetzt teuer zu stehen.
- Union und FDP verweigern sich vorsorgenden Maßnahmen gegen künftige Finanzkrisen.

Wir Grüne fordern strukturelle Veränderungen in der europäischen Währungsunion, der EU und in der internationalen Finanzarchitektur, damit Krisen in Zukunft unwahrscheinlicher werden.

- Wir wollen Banken, Versicherungen und andere Finanzinstitute, an der Bewältigung derartiger Krisen beteiligen durch eine Finanztransaktionssteuer, die spekulationsdämpfend wirkt und Mittel für Rettungsmaßnahmen generiert. Union und FDP sind dagegen.
- Wir wollen in Zukunft bei Schuldenkrisen die Gläubiger stärker in die Verantwortung nehmen durch Umschuldungsverfahren und Regelungen zur geordneten Insolvenz von Staaten. Union und FDP schützen immer die Gläubiger.
- Wir wollen eine Ergänzung der EU-Währungsunion um eine EU-Wirtschaftspolitik, also eine funktionierende wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung. Dauerhafte Ungleichgewichte wie das Außenhandelsdefizit Griechenlands müssen zu Krisen führen, hier muss schneller gegengesteuert werden.
- Wir hätten uns eine Vorrangigkeit der staatlichen Gläubigerforderungen für den privaten gewünscht.

Alle Versuche, diesbezüglich einen interfraktionellen Konsens hinzubekommen sind gescheitert.

- Die schwarz-gelbe Koalition hat sich geweigert, dem Aufbau einer ernsthaften europäischen Wirtschaftskoordinierung zuzustimmen und sie hat die Einführung einer Finanztransaktionssteuer blockiert.

Wir haben deshalb unsere Kritik und unsere Forderungen in einem grünen Entschließungsantrag formuliert. Auch wenn dieser Antrag von den andern Fraktionen abgelehnt wird, stimmen wir der Ermächtigung für die Finanzhilfen zu.

Wir Grünen haben unser Abstimmungsverhalten über europäische Fragen noch nie von parteipolitischen Taktik abhängig gemacht. Wir haben in der Opposition der Einführung des Euro ebenso zugestimmt wie dem Lissabonvertrag. Wir lassen uns auch diesmal von europäischer Solidarität leiten. Mit unserer Haltung fühlen wir uns einig, nicht nur mit den Grünen im Europäischen Parlament, sondern mit grünen Parteien in ganz Europa.